

KOMMUNALER FINANZREPORT

Schleswig-Holsteins Städte in der Krise

Gütersloh, 14. August 2015. Die Städte, Gemeinden und Kreise Schleswig-Holsteins erwirtschafteten im vergangenen Jahr erneut ein Defizit. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Mit 30 Millionen Euro fiel das Minus allerdings deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Zum Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2010 hatte das Defizit 287 Millionen Euro betragen. Letztmalig positive Zahlen verbuchten die schleswig-holsteinischen Kommunen im Jahr 2008.

Schleswig-Holstein zählt damit zu den sechs Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte negativ war. Die übrigen sieben Flächenländer verzeichneten ein Plus in ihren Etats. In Schleswig-Holstein fiel das Pro-Kopf-Defizit mit 10 Euro vergleichsweise gering aus. Das größte Defizit verbuchten die Kommunen im Saarland mit 319 Euro je Einwohner. Den größten Überschuss erreichten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro je Einwohner.

Aufgrund des relativ niedrigen Defizits im vergangenen Haushaltsjahr sind die Kassenkredite in Schleswig-Holstein nicht gestiegen. Sie belaufen sich nach wie vor auf 270 Euro je Einwohner. Diesen Krediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Kassenkredite sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern und gelten als klassischer Krisenindikator. Zum Vergleich: In Bayern, Sachsen oder Baden-Württemberg sind Kassenkredite nahezu unbekannt. Die höchsten Werte erreichen die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit über 1.500 und dem Saarland mit 2.000 Euro je Einwohner.

Die Stabilität in Schleswig-Holstein resultiert auch aus dem Entschuldungsprogramm des Landes, über den Teile der Kassenkredite umgeschuldet werden. 16 Städte, Gemeinden und Kreise – darunter die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg – nehmen diese Hilfen in Anspruch. Gegen harte Auflagen fließen zusätzliche Mittel aus dem – ebenso klammen – Landeshaushalt. „Für die Städte und Kreise bedeutet das schmerzhaftes Maßnahmen, aber angesichts guter Konjunktur und niedriger Zinsen ist das Zeitfenster für die Sanierung günstig“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung.

Dennoch sind die Kassenkredite in den Städten Lübeck und Flensburg mit jeweils rund 1.100 Euro je Einwohner weiterhin gefährlich hoch. Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. „Bestehende Haushaltskrisen verschärfen sich – trotz insgesamt guter Konjunktur und finanzpolitisch positiver Trends“, so Geißler. Nur die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Stormarn konnten vollständig auf Kassenkredite verzichten.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Die Bertelsmann Stiftung untersuchte erstmals die regionale und zeitliche Entwicklung dieser Faktoren. Dazu wurden die 398 Kreise und kreisfreien Städte bundesweit je nach Höhe ihrer Hartz-IV-Wohnkosten und Steuereinnahmen in vier Gruppen eingeteilt.

Hohe Ausgaben für die Hartz-IV-Wohnkosten treffen die vier kreisfreien Städte Flensburg, Lübeck, Kiel und Neumünster. Sie gehören zum Viertel der Kommunen mit den bundesweit höchsten Ausgaben. So trägt zum Beispiel die Stadt Kiel pro Einwohner mehr als drei Mal höhere Lasten als der Kreis Stormann.

In der Steuerkraft liegen die schleswig-Holsteinischen Kommunen insgesamt unter den Bundesdurchschnitt. In der bundesweiten Spitzengruppe sind lediglich die Kreise Pinneberg und Stormann verortet. In den kreisfreien Städten tritt zur hohen Belastung aus Sozialausgaben eine auffällige Steuerschwäche hinzu. „Das ist ungewöhnlich, denn üblicherweise ist die Wirtschaftskraft in den größeren Städten höher als auf dem Land“, sagte Geißler.

Der aktuelle Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Auch in Schleswig-Holstein gelingt es den Städten nicht, die Sozialausgaben zu reduzieren und die Steuerkraft zu erhöhen. „Wenn schwache Kommunen nicht abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467**
 E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de